

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

Postfächer aufgebrochen

(LPFL) - Am Montagabend wurden in Vaduz beim Postamt 12 Postfächer aufgebrochen und leergeräumt. Die unbekannte Täterschaft bracht die Postfächer in der Eingangshalle zum Schalter in der Zeit zwischen 19.45 und 21 Uhr auf. Die erbeuteten Postsendungen wurden zur öffentlichen Toilettenanlage beim Busparkplatz gebracht und dort nach Wertgegenständen und Bargeld durchsucht. Die beschädigten Postsendungen wurden von der Täterschaft in der Toilettenanlage zurückgelassen. Die Landespolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

«Nikolaus, Du guata Maa...»



6. Dezember - Nikolaustag. Die Kinder freuen (und fürchten) sich schon seit Tagen und haben ihr «Spröchle» auswendig gelernt, die Nikolause dieser Welt haben ihr (Gaben-)Bündel beieinander. Wen wohl unser Snowboard-Nikolaus beschenkt? (AP)

Keine B-Post mehr nach Frankreich

Die Schweizer Poststellen nehmen wegen des Streiks in Frankreich vorerst keine Non-Prioritaire-Sendungen und Landwegpakete nach Frankreich mehr an. Der Streik der französischen Postdienste intensiviert sich, wodurch auch die Verarbeitung und Zustellung der Prioritaire-Sendungen erhebliche Verspätungen erlitten, teilten die Schweizerischen PTT-Betriebe am Dienstag mit. Einzig der EMS-Dienst arbeite zurzeit normal.

SP grösste Fraktion im neuen CH-Parlament

Die SP-Fraktion ist die grösste Gruppe im neugewählten Schweizer Parlament. Sie beschloss am Dienstag die Aufnahme der PdA-Nationalräte Jean Spielmann (GE) und Josef Zisayadis (VD) sowie von Christian Grobet, Vertreter der Genfer Linksalianz (AdG). Die Grünen und die LdU/EVP-Fraktion gehen eine Fraktionsverbindung ein.

Die Fraktion der SP setzt sich damit aus 58 Nationalräten und fünf Ständeräten zusammen.

SMT-Entwicklungen & Fertigung

- Reparaturen
- Beratung



oehri electronic ag

Nellengasse 47 tel: 373 43 91
Ruggell fax: 373 43 92

Bewilligt der Landtag für seine Unterbringung 1 Million?

Heute oder morgen fällt die Entscheidung über die Rückkehr in den alten Landtagssaal oder Verbleiben in der Musikschule

(G.M.) - Bewilligt der Landtag für seine Unterbringung im alten Landtagssaal 1 Million Franken oder bleibt er für seine Sitzungen im Vortragssaal der Musikschule? Diese Frage wird heute Mittwoch oder morgen Donnerstag entschieden. Für Spannung ist gesorgt, denn es könnte zu einer rein sachlichen Entscheidung - quer durch die Fraktionen - kommen.

Als der Landtag 1985 von 15 auf 25 Mitglieder vergrössert wurde, wurde mit Beginn der Legislaturperiode 1986 - 1989 im Vortragssaal der Musikschule ein provisorischer Landtagssaal eingerichtet. Die engen Platzverhältnisse im ehemaligen Sitzungssaal im Regierungsgebäude waren der Anlass für die Einrichtung eines Provisoriums, das nun zu einer recht langen Einrichtung werden könnte.

Die Kosten für den Umbau des alten Landtagssaals für die Unterbringung der 25 Abgeordneten plus die 5 Regierungs-

mitglieder wurden noch im vergangenen Herbst auf 400 000 Fr. beziffert. Inzwischen sind die mutmasslichen Baukosten auf 1,060 Mio. Fr. angestiegen - womit für einige Abgeordnete doch die Frage im Raum stehen dürfte, ob für ein neues Provisorium so viel Geld ausgegeben werden soll. Denn Endziel ist immer noch der Bau eines eigenen Landtagssaales.

Der Vortragssaal in der Musikschule ist nach allgemeiner Auffassung der Abgeordneten - wie bei der letztjährigen Debatte zu vernehmen - weder ein schöner noch ein origineller Raum für ein Parlament. Aber der Saal weist ein paar Vorteile auf, die dem alten Landtagssaal abgehen. Die Nutzfläche ist etwas grösser, eine direkte Sonneneinstrahlung nicht vorhanden, kein Strassenlärm stört die Beratungen und Debatten. Dafür kann der Musikraum mit einigen Dingen nicht aufwarten, was etwa den ehemaligen Landtagssaal in Bezug auf Repräsen-

tativität oder staatspolitische Selbstdarstellung anlangt. Funktionalität oder Atmosphäre - das wird die entscheidende Frage sein.

Als die Regierung vor einem Jahr ein paar Modelle für die Unterbringung des Landtags vorlegte, kristallisierten sich in der Landtagsdebatte relativ rasch zwei Varianten heraus, die weiterverfolgt werden sollten: Einerseits der Verbleib im Provisorium in der Musikschule, andererseits die Rückkehr in den alten Landtagssaal. Anderen Vorstellungen - wie etwa der Bau eines Provisoriums, der Ausbau der Fabrikanlage Jenny-Spoerry, die Einmietung in den Rathaussaal in Vaduz oder in Schaan sowie in die Aula der Oberschule Vaduz - stand der Landtag ablehnend gegenüber. Auch die Regierung war damals der Auffassung, dass es keine «ideale Lösung» gebe, der «bisherige alte Landtagssaal als einziger Raum am ehesten eine dem Landtag entsprechende Würde» aufweise.

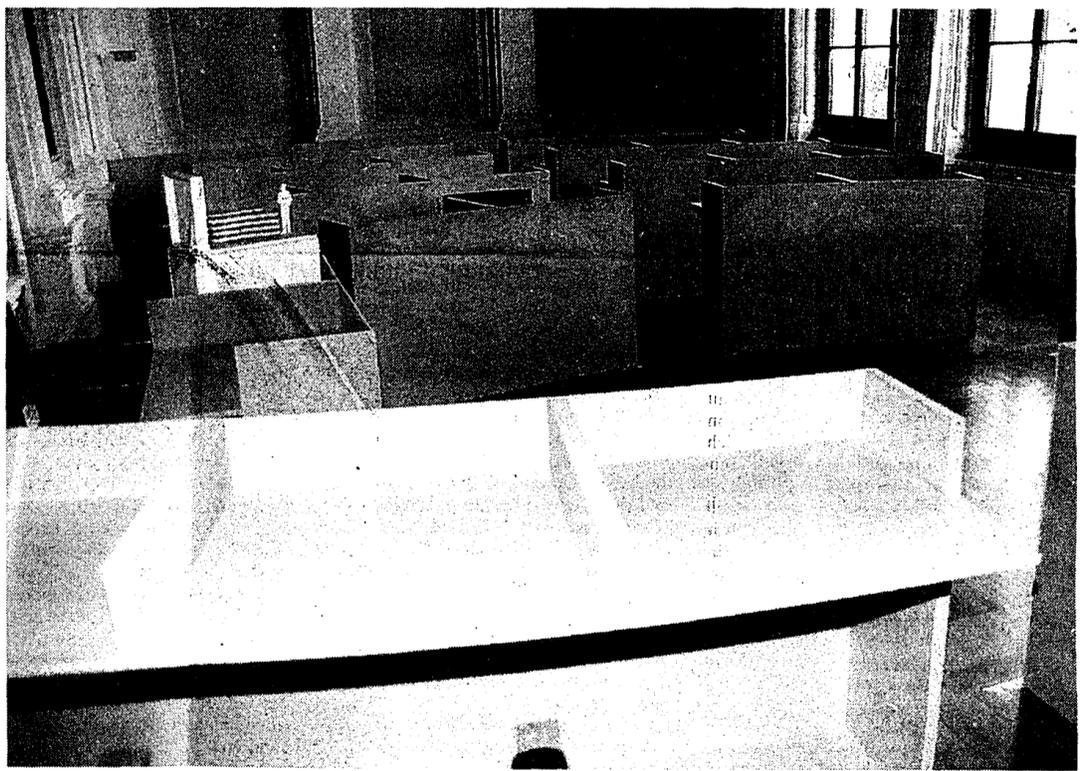
Mit dieser Problematik hatte sich der Landtag schon in diesem Frühjahr auseinandergesetzt, als es um die Auswahl der künftigen Unterbringung ging. «Spiegelt die jetzige Unterbringung des Landtags etwa das staatspolitische und verfassungsrechtliche Verständnis und Bild des Liechtensteiners von seinem Staatsaufbau?» hatte der FDP-Abgeordnete Dr. Guido Meier gefragt. Und gleich auch eine Antwort geliefert: «Der Fürst residiert auf dem Schloss über Vaduz. Dies soll auch so sein, denn Fürsten wohnen in einem Schloss und regieren von dort aus. Die Regierung residierte in einem grossen Regierungsgebäude mitten in Vaduz. Recht so, das soll so sein. Der Landtag, die Vertretung des Volkes als anderem Souverän, sitzt in einer Hinterkammer in Miete». Der Landtag wird entscheiden, ob Parlamentsitzungen weiterhin - so Dr. Guido Meier - «im Hinterzimmer der Musikschule» stattfinden werden.

Zurück in den alten Landtagssaal?

(G.M.) - Die Rückkehr des Landtags in den alten Landtagssaal im Regierungsgebäude wird rund 1 Million Franken kosten. Die Regierung unterbreitete dem Parlament einen entsprechenden Finanzbeschluss. Sofern der Landtag diesem Kreditantrag zustimmt, so könnten die Landtagssitzungen voraussichtlich ab Mai 1996 in diesem Raum stattfinden. Die Regierung rechnet mit einer Umbauzeit von rund vier Monaten.

Eine erste Kostenschätzung zum Umbau des alten Landtagssaals war noch von 400 000 Fr. ausgegangen. Die deutlich höheren Kosten für die Umgestaltung sind nach Angaben der Regierung auf den notwendigen Einbau eines Doppelbodens, auf die klimatische Nachrüstung des Raumes sowie auf den Einbau von neuem Mobiliar zurückzuführen.

Im alten Landtagssaal war vor dieser Landtagssitzung eine Modellmöblierung - unser Bild - eingerichtet worden, so dass sich die Abgeordneten ein Bild über die Ausgestaltung sowie über die Platzverhältnisse machen konnten. Bei diesem Umbau handelt es sich nur um ein Provisorium, Endziel ist immer noch die Errichtung eines Landtagsgebäudes.



Negativmeldung von der Konjunkturfront

Zürich (AP) Die Negativmeldungen von der Konjunkturfront haben eine weitere Bestätigung erfahren. Die Konjunkturforscher der ETH Zürich haben ihren Barometer für die Monate Juli, August und September markant nach unten korrigiert. Für Oktober wird aber eine Zunahme gemeldet.

Der Sammelindex der vorausseilenden Konjunkturindikatoren der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF/ETH) erhöhte sich laut Mitteilung vom Dienstag im Oktober gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent. Im Vorjahresvergleich betrug die Zunahme 1,4 Prozent. Aufgrund definitiver Zahlen für den Bauindikator, den Auftragsbestand der Maschinenindustrie und die Beschäftigungsaussichten ergaben sich aber gleichzeitig für die drei vorangegangenen Monate grössere Revisionen nach unten. Im September und August stagnierte der Barometer demnach statt der ursprünglich gemeldeten Zunahmen um 0,4 Prozent beziehungsweise 0,2 Prozent. Für den Juli wurde die Zunahme von 0,2 auf 0,1 Prozent korrigiert.

Eine deutliche Aufwärtsbewegung war weiterhin nur bei den monetären Vorlaufindikatoren zu beobachten.

Ozon-Konferenz-Teilnehmer uneinig

FL in Wien durch Thomas Büchel und Dr. Felix Näscher vertreten

Wien (AP) Die UN-Konferenz zum Schutz der Ozonschicht in Wien, an der von liechtensteiner Seite Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und Dr. Felix Näscher vom Landesforstamt teilnehmen, hat am Dienstag gleich zu Beginn mit den eigenen guten Vorsätzen gekämpft. Die geplante Diskussion über verschärfte Massnahmen gegen ozonschädigende Chemikalien stand zunächst auf der Kippe, denn die 150 Industrie- und Entwicklungsländer präsentierten sich gespalten.

Bei der Ausdünnung der Ozonschicht habe die Wirklichkeit bisher immer die schlimmsten Voraussagen übertroffen, sagte Österreichs Umweltminister Martin Bartensteiner als Präsident der dreitägigen Konferenz. Er wies die Umweltminister der 150 Vertragsstaaten des Protokolls von Montreal darauf hin, dass das Ozonloch über der Antarktis Rekordgrösse erreicht habe.

Das Protokoll von Montreal von 1987 und die Nachfolgekonzferenzen legten für die Industrienationen einen vollständigen Ausstieg aus der Produktion und der Benutzung von Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) bis Ende 1995 fest. Das Aus für das bisherige Kühlmittel und

Treibgas ist unumstritten. Strittig sind aber die sogenannten teilhalogenierten FCKWs, die als weniger schädlich gelten. Die einzelnen Staatengruppen haben mittlerweile unterschiedliche Konzepte erarbeitet. Diese reichen vom schrittweisen Ausstieg bis 2015 hin bis zur Ablehnung jeglicher Beschränkungen. Ein weiterer gefährlicher Ozon-Killer ist das Pflanzenschutzmittel Methylbromid, das die USA bis zum Jahr 2001 abschaffen wollen. Die Europäische Union hingegen will das Ende der Chemikalie bei schrittweiser Begrenzung des zugelassenen Verbrauchs erst im Jahr 2005 ansetzen. Die USA werfen der EU deshalb «politische Kosmetik» vor. US-Delegationsleiterin Eileen Claussen sagte, ausser den Niederlanden hätten die EU-Staaten bisher nichts gegen den FCKW-Schmuggel unternommen, während die USA allein 1994 fast 500 Tonnen sichergestellt hätten.

Zahl-Appell von Dreifuss

Bundesrätin Ruth Dreifuss rief sämtliche Geberländer auf, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Entwicklungsländer ihrerseits müssten sich zu einem besseren Schutz der Ozonschicht verpflichten.

1996 nicht das Jahr der grossen Sprünge

Bern (AP) Das nächste Jahr wird laut Bundespräsident Kaspar Villiger nicht das Jahr der grossen Sprünge werden. Der Bundespräsident gab am Dienstag erstmals vor dem Parlament einen Überblick über die Jahresziele des Bundesrates.

Die für die Schweiz wohl überlebenswichtigsten Probleme seien die Erhaltung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit und die Sanierung der Bundesfinanzen, sagte Villiger vor der Debatte über das Budget 1996 im Ständerat. Bei jeder neuen Vorlage, die nächstes Jahr verabschiedet werde, müssten die finanziellen Konsequenzen bedacht werden. Das Prinzip, so Villiger, müsse lauten: Keine neuen Aufgaben ohne Klärung ihrer Finanzierung. So könne jetzt schon gesagt werden, dass die nächsten Jahre nicht die Zeit der grossen Sprünge sein würden. Die chronischen Defizite veranschaulichten, dass eine Diskrepanz zwischen dem Konsum der Leistungen und dem Willen zur Begleichung der Rechnung bestehe. Der Blick auf die Regierungstätigkeit des nächsten Jahres müsse auch Anlass sein, die Leistungsgrenzen des Staates kritisch zu hinterfragen, sagte der Bundespräsident.